

Anfrage Bündnis „Frankfurt für Frauenrechte“ – Antwort Turgut Yüksel 15. Oktober 2018

Was halten Sie von der Forderung „Schutzzone von 150m um Schwangerschaftsberatungsstellen“? Werden Sie sich für deren Umsetzung einsetzen? Wenn ja, was werden Sie konkret tun?

Ich fordere den Ordnungsdezernenten Markus Frank auf, den Anmeldern der rechtskonservativen Mahnwachen vor der Beratungsstelle von Pro Familia in Frankfurt die Auflage zu erteilen, einen Abstand von 150m zur Beratungsstelle einzuhalten. Die Stadt Frankfurt sollte sich einem möglichen Rechtsstreit in der Frage stellen.

Ich schließe mich daher dem Appell von Frauen aus der SPD Frankfurt an und begrüße den Beschluss der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung den Magistrat aufzufordern, die entsprechende 150m-Schutzzone einzurichten:

<https://www.spd-frankfurt.de/2018/10/04/herr-frank-setzen-sie-den-stadtverordnetenbeschluss-um-die-150-m-schutzzone-um-pro-familia-muss-kommen/>

Grundsätzlich ist es problematisch Demonstrationsverbote um bestimmte Bereiche des öffentlichen Raums zu errichten. Im konkreten Fall ist es allerdings unbedingt erforderlich. Die rechtskonservativen Aktivistinnen und Aktivisten belästigen mit ihren Mahnwachen Frauen und Männer, die bei Pro Familia Rat suchen oder sogar dem notwendigen gesetzlichen Erfordernis nachkommen, sich vor einem möglichen Schwangerschaftsabbruch beraten zu lassen. Die Mahnwachen erzeugen ein Klima, indem die gesetzlich vorgeschriebene Beratung kaum mehr möglich ist, wenn die Ratsuchenden vorher einem Spießrutenlauf zum Eingang des Gebäudes in Kauf nehmen müssen und ihre individuelle Freiheit erheblich eingeschränkt wird.

Ich werde mich innerhalb der SPD Frankfurt weiter dafür einsetzen, Druck auf Markus Frank anzubauen, eine 150m-Schutzzone einzurichten und unterstütze die SPD Fraktion im Römer in ihren Bemühungen um die Schutzzone.

Die Rechte der Frauen betreffen auch mich als Mann, sie gehen nicht nur die Frauen an. Daher bin ich solidarisch mit den Forderungen des Bündnisses „Frankfurt für Frauenrechte“ und werde auch weiterhin an ihren Kundgebungen teilnehmen.